Europäisches Parlament
2024-2029

Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter

2024/2051(INI)

9.4.2025

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter

für den Haushaltsausschuss

über einen neu gestalteten langfristigen Haushalt für die Union in einer Welt im Wandel
(2024/2051(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Alexandra Geese

PA_NonLeg

ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unterbreitet dem federführenden Haushaltsausschuss folgende Änderungen:

Änderungsantrag 1

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
– gestützt auf die Artikel 311, 312, 323 und 324 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV),	– gestützt auf die Artikel ***8, 208,*** 311, 312, 323 und 324 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV),

Änderungsantrag 2

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 1 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– gestützt auf die Artikel 2, 3, 6, 14, 17 und 21 des Vertrags über die Europäische Union (EUV),

Änderungsantrag 3

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 1 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die Artikel 3, 21, 23 und 34 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union über Nichtdiskriminierung, Gleichheit und soziale Sicherheit,

Änderungsantrag 4

Entschließungsantrag

Bezugsvermerk 1 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2021/692 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. April 2021 zur Einrichtung des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1381/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 390/2014 des Rates[1a],
	[1a] ABl. L 156 vom 5.5.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/692/oj?locale=de.

Änderungsantrag 5

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 1 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2021/522 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. März 2021 zur Einrichtung eines Aktionsprogramms der Union im Bereich der Gesundheit („EU4Health-Programm“) für den Zeitraum 2021-2027 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 282/2014,
	[1a] ABl. L 107 vom 26.3.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/522/oj?locale=de.

Änderungsantrag 6

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 1 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds, den Fonds für einen gerechten Übergang und den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik[1a], insbesondere auf Artikel 9 über bereichsübergreifende Grundsätze der Verordnung sowie Anhang III Artikel 15 Absatz 1 über zielübergreifende grundlegende Voraussetzungen, insbesondere in Bezug auf die Achtung der Grundrechte und die Einhaltung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union,
	[1a] ABl. L 231 vom 30.6.2021, S. 159, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/1060/oj?locale=de.

Änderungsantrag 7

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 1 f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung und auf die

	Ziele für nachhaltige Entwicklung,

Änderungsantrag 8

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 1 g (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf den am 7. Juni 2017 unterzeichneten Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik, der den Rahmen für ein gemeinsames Konzept für die Entwicklungspolitik zur Anwendung durch die Unionsorgane und die Mitgliedstaaten bildet,

Änderungsantrag 9

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 1 h (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf den EU-Aktionsplan für die Gleichstellung (GAP) III,

Änderungsantrag 10

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 1 i (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 11. Dezember 2019 mit dem Titel „Der europäische Grüne Deal“ (COM(2019)0640),

Änderungsantrag 11

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 1 j (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 15. Januar 2020 zu dem Thema „Der europäische Grüne Deal“[1a],
	[1a] ABl. C 270 vom 7.7.2021, S. 2.

Änderungsantrag 12

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 1 k (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 16. Januar 2018 zu Frauen, die Gleichstellung der Geschlechter und Klimagerechtigkeit[1a],
	[1a] ABl. C 458 vom 19.12.2018, S. 34.

Änderungsantrag 13

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 1 l (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 11. Februar 2025 mit dem Titel „Der Weg zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen“ (COM(2025)0046),

Änderungsantrag 14

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 1 m (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 7. September 2022 zur Europäischen Strategie für Pflege und Betreuung (COM(2022)0440),

Änderungsantrag 15

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 1 n (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 5. Juli 2022 zu dem Thema „Hin zu gemeinsamen europäischen Maßnahmen im Bereich Pflege und Betreuung“[1a],
	[1a] ABl. C 47 vom 7.2.2023, S. 30.

Änderungsantrag 16

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 1 o (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025,

Änderungsantrag 17

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 1 p (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf den 2021 veröffentlichten Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs mit dem Titel „Gender-Mainstreaming im EU-

Haushalt: Auf Worte sollten nun Taten folgen“,

Änderungsantrag 18

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 1 q (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2021/692 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. April 2021 zur Einrichtung des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1381/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 390/2014 des Rates[1a],
	[1a] ABl. L 156 vom 5.5.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/692/oj?locale=de.

Änderungsantrag 19

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 30. Juni 2021 mit dem Titel „Eine langfristige Vision für die ländlichen Gebiete der EU – Für stärkere, vernetzte, resiliente und florierende ländliche Gebiete bis 2040“ (COM(2021)0345),

Änderungsantrag 20

Entschließungsantrag
Erwägung A a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Aa. in der Erwägung, dass die Gleichstellung der Geschlechter als Grundwert in Artikel 2 des EUV verankert ist; in der Erwägung, dass Artikel 8 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union besagt, dass die Union „[b]ei allen ihren Tätigkeiten […] darauf hin[wirkt], Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung […] zu fördern“, und somit den Grundsatz der durchgängigen Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung („Gender-Mainstreaming“) aufstellt, wonach die Gleichstellungsperspektive in alle Politikbereiche und Programme, einschließlich aller Ebenen des Haushaltsverfahrens, einfließen muss; in der Erwägung, dass Haushaltspläne nie geschlechtsneutral sind und ihre Aufstellung daher auf das eindeutige Ziel der Bekämpfung von Diskriminierung sowie auf das Ziel ausgerichtet sein muss, alle Menschen zu erreichen und ihren konkreten Bedürfnissen Rechnung zu tragen;

Änderungsantrag 21

Entschließungsantrag
Erwägung B a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ba. in der Erwägung, dass die Gleichheit von Frauen und Männern für die Erwerbsbeteiligung von Frauen unerlässlich und Voraussetzung dafür ist, dass Frauen Führungspositionen innehaben und an Wissenschaft und Forschung teilhaben können, und damit

	Voraussetzung für die Gleichstellung der Geschlechter ist und zudem Auswirkungen auf die Wirtschaft der Mitgliedstaaten hat;

Änderungsantrag 22

Entschließungsantrag
Erwägung C

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
C. in der Erwägung, dass die Ausgaben aus dem Unionshaushalt, wenn sie wirksam eingesetzt werden, mit den politischen Prioritäten der Union in Einklang stehen und mit den Ausgaben auf nationaler Ebene koordiniert werden, dazu beitragen, eine Fragmentierung des Binnenmarkts zu vermeiden und die Gesamtwirkung öffentlicher Investitionen zu verstärken; in der Erwägung, dass öffentliche Investitionen unerlässlich sind, um Anreize für private Investitionen zu schaffen;	C. in der Erwägung, dass die Ausgaben aus dem Unionshaushalt, wenn sie wirksam eingesetzt werden, mit den politischen Prioritäten der Union in Einklang stehen und mit den Ausgaben auf nationaler Ebene koordiniert werden, dazu beitragen, ***die Grundrechte, einschließlich der Rechte der Frauen und der Rechtsstaatlichkeit, zu schützen und zu fördern, den Zusammenhalt und die Gleichstellung zu fördern sowie*** eine Fragmentierung des Binnenmarkts zu vermeiden und die Gesamtwirkung öffentlicher Investitionen zu verstärken; in der Erwägung, dass öffentliche Investitionen unerlässlich sind, um Anreize für private Investitionen zu schaffen;

Änderungsantrag 23

Entschließungsantrag
Erwägung D a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Da. in der Erwägung, dass Menschen mit Behinderungen, insbesondere Frauen und Mädchen, auf Barrieren stoßen, die ihnen den Zugang zu Grundrechten, Bildung, Beschäftigung und sozialen Dienstleistungen erschweren; in der Erwägung, dass mit dem mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) eine angemessene und gezielte Finanzierung sichergestellt werden muss, um ihre vollständige

gesellschaftliche Teilhabe und Integration in den Arbeitsmarkt zu fördern;

Änderungsantrag 24

Entschließungsantrag
Erwägung D b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Db. in der Erwägung, dass die Vereinfachung der Verfahren innerhalb des MFR es Frauen erleichtern wird, erfolgreich zu sein, da regulatorische Hürden abgebaut werden, von denen sie unverhältnismäßig stark betroffen sind;

Änderungsantrag 25

Entschließungsantrag
Erwägung D c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Dc. in der Erwägung, dass bei einer Überprüfung hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit die speziellen Herausforderungen bewertet werden könnten, mit denen Unternehmen, einschließlich von Frauen geführter Unternehmen, beim Zugang zu Ressourcen, Kapital und Chancen konfrontiert sind, und damit sichergestellt würde, dass mit neuen politischen Strategien die entsprechenden Lücken geschlossen werden und ein Umfeld gefördert wird, in dem von Frauen geführte Unternehmen florieren und erfolgreich sein können;

Änderungsantrag 26

Entschließungsantrag
Erwägung D d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Dd. in der Erwägung, dass über jährliche Aktualisierungen des Kompasses für Wettbewerbsfähigkeit, über die im Bericht über den Binnenmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit berichtet wird, konkrete Ergebnisse insbesondere für von Frauen geführte Unternehmen erfasst werden könnten; in der Erwägung, dass dies für die Überarbeitung des MFR nützlich sein könnte;

Änderungsantrag 27

Entschließungsantrag
Erwägung D e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	De. in der Erwägung, dass die Behebung des Qualifikationsmangels und die gezielte Unterstützung von Frauen, damit sie in Branchen mit hohem Wachstumspotenzial wie digitale Technologien und grüne Energie einsteigen sowie Führungsrollen übernehmen können, dazu beitragen könnten, das Wirtschaftswachstum in Europa anzukurbeln;

Änderungsantrag 28

Entschließungsantrag
Erwägung E a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ea. in der Erwägung, dass 99 % der Unternehmen in Europa kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind; in der Erwägung, dass bei diesen KMU über 85 Millionen Beschäftigte, darunter Frauen, arbeiten und dass die überwiegende Mehrheit von ihnen als Kleinstunternehmen eingestuft wird;

Änderungsantrag 29

Entschließungsantrag
Erwägung F a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Fa. in der Erwägung, dass das Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) die einzige Agentur der EU für die Gleichstellung der Geschlechter ist; in der Erwägung, dass das EIGE aufgrund des Mangels an Ressourcen nur auf ein Viertel der Ersuchen um technische Unterstützung bei der durchgängigen Berücksichtigung der Gleichstellung der Geschlechter reagieren konnte, obwohl dies eine ihrer Hauptaufgaben ist, was dazu geführt hat, dass die Unionsorgane zum Nachteil der Mitgliedstaaten, die wenig oder gar keine technische Unterstützung erhalten, vorrangig behandelt werden;

Änderungsantrag 30

Entschließungsantrag
Erwägung F b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Fb. in der Erwägung, dass es von größter Bedeutung ist, die Bildungsmöglichkeiten zu verbessern und die berufliche Aus- und Weiterbildung in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) mit besonderem Schwerpunkt auf Mädchen und Frauen zu modernisieren, um die aktuellen Geschlechtergefälle bei den Arbeitskräften im MINT-Bereich auszugleichen und das Bewusstsein über die Chancen und Risiken im Zusammenhang mit neuen Technologien wie künstlicher Intelligenz zu schärfen;

Änderungsantrag 31

Entschließungsantrag
Erwägung G a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ga. in der Erwägung, dass Schätzungen des EIGE zufolge das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP) in der EU durch die Verbesserung der Gleichstellung der Geschlechter bis 2050 um 6,1 % bis 9,6 % steigen dürfte, was 1,95 bis 3,15 Bio. EUR entspricht[1a];
	[1a] https://eige.europa.eu/newsroom/economic-benefits-gender-equality.

Änderungsantrag 32

Entschließungsantrag
Erwägung H a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ha. in der Erwägung, dass die Wettbewerbsfähigkeit integraler Bestandteil der Überarbeitung des MFF sein sollte, damit sichergestellt wird, dass die Wettbewerbsfähigkeit in den EU-Haushalt integriert wird, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit der Frauen in Europa gestärkt und gleichzeitig ein nachhaltiges und solides Wirtschaftswachstum gefördert wird;

Änderungsantrag 33

Entschließungsantrag
Erwägung H b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

Hb. in der Erwägung, dass das Parlament wiederholt eine ausreichende Finanzierung des Aktionsbereichs „Daphne“ des EIGE, des Aktionsbereichs „Gleichstellung und Rechte“ des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV), zivilgesellschaftlicher Organisationen im Rahmen des NDICI-Programms, des Aktionsprogramms der Union im Bereich der Gesundheit („EU4Health“) und der Komponente „Soziale Innovation“ des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) gefordert hat; in der Erwägung, dass das Parlament auch wiederholt die durchgängige Berücksichtigung der Gleichstellung der Geschlechter in den wichtigsten europäischen Fonds wie Horizont Europa, der Gemeinsamen Agrarpolitik, dem Kohäsionsfonds und NextGenerationEU gefordert hat;

Änderungsantrag 34

Entschließungsantrag
Erwägung H c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Hc. in der Erwägung, dass die durchgängige Berücksichtigung der Vorsorge integraler Bestandteil der Überarbeitung des MFR sein sollte, um sicherzustellen, dass Frauen in einer EU leben, die auf Krisen vorbereitet ist;

Änderungsantrag 35

Entschließungsantrag
Erwägung H d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Hd. in der Erwägung, dass das EIGE seinen neuen Aufgaben im Zusammenhang mit der Überwachung

der Umsetzung kürzlich angenommener neuer Rechtsvorschriften und Strategien nachkommen soll, wie der Richtlinie zur ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern in Leitungsorganen, der Richtlinie über Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt, der Entgelttransparenz-Richtlinie, der Richtlinie über Standards für Gleichbehandlungsstellen, der Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, der Strategie für Pflege und Betreuung, der Barcelona-Ziele und der Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter für die Zeit nach 2025; in der Erwägung, dass die Interinstitutionelle Vereinbarung vom 16. Dezember 2020 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung sowie über neue Eigenmittel, einschließlich eines Fahrplans im Hinblick auf die Einführung neuer Eigenmittel[1a] (IIV) Bestimmungen über Zuweisungen von Ressourcen an Agenturen enthält, denen einem Legislativvorschlag entsprechend neue Aufgaben übertragen werden;

[1a] ABl. L 433I vom 22.10.2020, S. 28, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_interinstit/2020/1222/oj?locale=de.

Änderungsantrag 36

Entschließungsantrag
Erwägung H e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	He. in der Erwägung, dass Frauen eine entscheidende Rolle hinsichtlich der

	Ressourceneffizienz und nachhaltiger Wirtschaftspraktiken spielen; in der Erwägung, dass die aufgrund der Ressourcenknappheit steigenden Rohstoffkosten die sozioökonomischen Ungleichheiten weiter verschärfen;

Änderungsantrag 37

Entschließungsantrag
Erwägung H f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Hf. in der Erwägung, dass ein gut funktionierender Wohlfahrtsstaat und zugängliche öffentliche Dienstleistungen, einschließlich Verkehrsmitteln, Gesundheitsversorgung und Kinderbetreuung, für den beruflichen Aufstieg und die Mobilität von Frauen von wesentlicher Bedeutung sind; in der Erwägung, dass ein Mangel an öffentlichen Dienstleistungen die Doppelbelastung durch unbezahlte Pflege- und Betreuungsarbeit erhöht, wodurch die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt eingeschränkt und die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben beeinträchtigt wird;

Änderungsantrag 38

Entschließungsantrag
Erwägung H g (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Hg. in der Erwägung, dass Initiativen zur Stärkung von Frauen in Führungspositionen Priorität eingeräumt werden und dabei der Schwerpunkt auf einer stärkeren Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen liegen sollte, und insbesondere, aber nicht nur, für Frauen in der Wirtschaft und in der

MINT-Branche;

Änderungsantrag 39

Entschließungsantrag
Erwägung H h (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Hh. in der Erwägung, dass alleinstehende Frauen, insbesondere im Alter, am stärksten von Armut bedroht sind; in der Erwägung, dass das geschlechtsspezifische Rentengefälle und Unterschiede beim beruflichen Aufstieg dazu beitragen, dass Frauen besonders anfällig für finanzielle Unsicherheit im Alter sind; in der Erwägung, dass die geschlechtsspezifischen Dimensionen von Armut und sozialer Ausgrenzung im Rahmen der politischen Strategien der EU in der langfristigen Haushaltsplanung berücksichtigt werden müssen;

Änderungsantrag 40

Entschließungsantrag
Erwägung H i (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Hi. in der Erwägung, dass laut dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen lediglich mit 0,01 % aller Mittel weltweit Projekte unterstützt werden, die sich sowohl mit dem Klimawandel als auch mit den Rechten der Frau befassen[1a];
	1a https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-8-2017-0403_DE.html.

Änderungsantrag 41

Entschließungsantrag
Erwägung H j (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Hj. in der Erwägung, dass die Überschreitung der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten, unter anderem in Bezug auf das Klima, die Biodiversität, das Wasser und neuartige Substanzen, erschwerende negative Auswirkungen auf die Wirtschaft und auf die Haushalte der Mitgliedstaaten und der EU hat, was sich wiederum sowohl direkt als auch indirekt negativ auf Frauen auswirkt: als Phänomen an sich und in Form von Haushaltszwängen;

Änderungsantrag 42

Entschließungsantrag
Erwägung H k (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Hk. in der Erwägung, dass die Gesundheit von Frauen und Mädchen durch Umweltverschmutzung und den Klimawandel besonders gefährdet ist, was auf geschlechtsspezifische Unterschiede hinsichtlich Exposition, sozioökonomischem Status, Anfälligkeit und Zugang zur Gesundheitsversorgung zurückzuführen ist; in der Erwägung, dass in der von den Umwelt- und Gesundheitsministern der EU im Juli 2023 in Budapest unterzeichneten Erklärung der Siebten Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit zugesichert wird, die Maßnahmen zur Stärkung des Gesundheitsschutzes angesichts des Klimawandels, des Verlusts an Biodiversität und der Umweltverschmutzung zu intensivieren;

Änderungsantrag 43

Entschließungsantrag
Erwägung H l (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Hl. in der Erwägung, dass das achte Umweltaktionsprogramm den rechtsverbindlichen Rahmen bietet, um sicherzustellen, dass die Natur in der EU bis 2050 wiederhergestellt, widerstandsfähig und angemessen geschützt wird und sämtliche Umweltverschmutzung auf ein Niveau verringert wird, das als nicht mehr schädlich für die Gesundheit des Menschen und die natürlichen Ökosysteme gilt; in der Erwägung, dass die Verringerung und Verhütung von Umweltverschmutzung der Gesundheit von Frauen und Mädchen zuträglich sein wird, da ihre Gesundheit aufgrund von geschlechtsspezifischen Unterschieden hinsichtlich Exposition, sozioökonomischem Status, Anfälligkeit und Zugang zur Gesundheitsversorgung besonders gefährdet ist;

Änderungsantrag 44

Entschließungsantrag
Erwägung H m (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Hm. in der Erwägung, dass mit der ersten Europäischen Bewertung der Klimarisiken bestätigt wird, dass der Klimawandel, die Umweltverschmutzung und der Verlust an Biodiversität mit schwerwiegenden und sprunghaft ansteigenden Gesundheitsrisiken in Europa einhergehen, wobei Hitzestress und Waldbrände zu den unmittelbarsten Bedrohungen zählen, und dass Frauen, Mädchen und andere schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen aufgrund von Unterschieden bei der Exposition, dem sozioökonomischen Status, der

	Anfälligkeit und dem Zugang zur Gesundheitsversorgung unverhältnismäßig stark betroffen sind; in der Erwägung, dass bei der Hitzewelle im Sommer 2023 in Europa 55 % mehr Frauen aufgrund von Hitze starben;

Änderungsantrag 45

Entschließungsantrag
Erwägung H n (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Hn. in der Erwägung, dass die Herausforderungen für die gemeinsame Sicherheitsarchitektur in den letzten Jahren komplexer geworden sind; in der Erwägung, dass militärische Verteidigung in dieser Hinsicht wesentlich ist und dass Frauen dazu angeregt werden sollten, eine größere Rolle dabei zu spielen, für die Sicherheit in Europa zu sorgen; in der Erwägung, dass diese Hintergrundinformationen einen wichtigen Kontext für den MFR darstellen;

Änderungsantrag 46

Entschließungsantrag
Ziffer 1 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	1a. hebt die Verpflichtungen der Union im Bereich der Gleichstellung hervor, insbesondere diejenigen, die in der EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter und in den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung, insbesondere den Zielen 5 und 10, dargelegt sind; betont, dass im MFR für die Zeit nach 2027 die Gleichstellung der Geschlechter durchgängig berücksichtigt werden sollte und er dazu beitragen sollte,

	Ungleichheiten in der Union und weltweit zu beseitigen, und zwar unter anderem indem höhere Ausgaben aus dem EU-Haushalt hierfür vorgesehen werden, als es derzeit der Fall ist, und die Ziele für die Gleichstellung der Geschlechter sowie andere Gleichstellungsziele im Einklang mit den Verträgen unterstützt werden;

Änderungsantrag 47

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. hebt hervor, dass der MFR für die Zeit nach 2027 zudem einfacher und transparenter konzipiert und vor Missbrauch, Betrug und Verstößen gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und gegen die Werte der Union geschützt werden muss;	3. hebt hervor, dass der MFR für die Zeit nach 2027 zudem einfacher und transparenter konzipiert und vor Missbrauch, Betrug und Verstößen gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit***, gegen die Grundrechte*** und gegen die Werte der Union geschützt werden muss;

Änderungsantrag 48

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4a. weist erneut darauf hin, dass die Gleichstellung der Geschlechter als Grundwert in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union verankert ist; betont, dass es in der Verantwortung der Union und ihrer Mitgliedstaaten liegt, die Werte der Union zu schützen, auf sie hinzuarbeiten und jederzeit im Einklang mit ihnen zu handeln;

Änderungsantrag 49

Entschließungsantrag
Ziffer 4 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4b. betont, wie wichtig es ist, die bisher erzielten Fortschritte in wichtigen Politikbereichen der EU, einschließlich der Gleichstellung der Geschlechter und der Rechte von Frauen und Mädchen, zu wahren; betont, dass sichergestellt werden muss, dass der MFR für die Zeit nach 2027 nicht zu Rückschritten bei den erzielten Fortschritten führt;

Änderungsantrag 50

Entschließungsantrag
Ziffer 4 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4c. fordert, erneut zu betonen, dass im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) keine Mittel der Europäischen Union terroristischen Organisationen zugewiesen werden oder ihnen unbeabsichtigt zugutekommen, und fordert zugleich die Union auf, weiterhin entschlossen die Konfliktbeilegung in fragilen Regionen zu unterstützen, was von entscheidender Bedeutung ist, um unter anderem die Rechte von Frauen weltweit zu garantieren;

Änderungsantrag 51

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. ist davon überzeugt, dass die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, die Dekarbonisierung der Wirtschaft ***und*** die Stärkung der Innovationskapazität der Union zentrale Prioritäten für den MFR nach 2027 und von entscheidender Bedeutung sind, um ein langfristiges, nachhaltiges und integratives Wachstum	6. ist davon überzeugt, dass die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, die Dekarbonisierung der Wirtschaft***,*** die Stärkung der Innovationskapazität der Union ***sowie die Behebung wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten*** zentrale Prioritäten für den MFR nach 2027 und von entscheidender

und eine widerstandsfähigere Wirtschaft und Gesellschaft sicherzustellen;	Bedeutung sind, um ein langfristiges, nachhaltiges und integratives Wachstum und eine widerstandsfähigere Wirtschaft und Gesellschaft sicherzustellen;

Änderungsantrag 52

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. fordert KMU-freundlichere politische Strategien, bei denen gegebenenfalls die Gleichstellung von Männern und Frauen berücksichtigt wird;

Änderungsantrag 53

Entschließungsantrag
Ziffer 6 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6b. fordert eine verstärkte Taskforce für die Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften, die vorrangig darauf hinarbeiten würde, den Aufwand, mit denen alle Unternehmen, einschließlich von Frauen geführter Unternehmen, konfrontiert sind, so gering wie möglich zu halten, indem sichergestellt wird, dass Frauen problemlos Zugang zum Binnenmarkt haben und ihr unternehmerisches Potenzial innerhalb des Binnenmarkts ausschöpfen können;

Änderungsantrag 54

Entschließungsantrag
Ziffer 6 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

6c. fordert die EU auf, für gleiche Wettbewerbsbedingungen für Unternehmerinnen und Unternehmer zu sorgen, indem gegen Fragmentierung und Überregulierung vorgegangen wird, die häufig zu zusätzlichen Hindernissen für Unternehmen führen, und hebt hervor, dass diese regulatorische Realität bei der anstehenden Überarbeitung des MFR berücksichtigt werden sollte;

Änderungsantrag 55

Entschließungsantrag
Ziffer 6 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6d. fordert bessere digitale Lösungen für Unternehmerinnen und Unternehmer und begrüßt die Einführung der digitalen Brieftasche für Unternehmen für vereinfachte Geschäftsprozesse;

Änderungsantrag 56

Entschließungsantrag
Ziffer 6 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6e. betont, dass Unternehmen einfacher Zugang zu grundlegenden Diensten wie Finanzierung, Business Angels und Risikokapitalgebern für Unternehmen, Schulungen, Vernetzungsmöglichkeiten und Programmen für die Unterstützung durch Mentoring ermöglicht werden muss;

Änderungsantrag 57

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. betont, dass die europäische Wirtschaft und das europäische Sozialmodell, wie in den Berichten von Letta und Draghi dargelegt, stark unter Druck stehen, wobei sich die Schwächen bei Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Qualifikationsdefizite auf die Qualität der Arbeitsplätze und den Lebensstandard der Europäerinnen und Europäer auswirken, die bereits mit hohen Preisen für Wohnraum***,*** Energie und Lebensmittel zu kämpfen haben; ist besorgt, dass fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten und hohe Lebenshaltungskosten die Gefahr der ***Abwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte aus Europa*** erhöhen;	7. betont, dass die europäische Wirtschaft und das europäische Sozialmodell, wie in den Berichten von Letta und Draghi dargelegt, stark unter Druck stehen, wobei sich die Schwächen bei Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Qualifikationsdefizite auf die Qualität der Arbeitsplätze und den Lebensstandard der Europäerinnen und Europäer auswirken, die bereits mit hohen Preisen für Wohnraum ***und*** Energie***, mit hohen Gesundheitskosten*** und ***mit hohen Preisen für*** Lebensmittel zu kämpfen haben***, und dass Frauen, junge Menschen und Minderheiten in besonderem Maße anfällig für finanzielle Unsicherheit und davon bedroht sind***; ist besorgt, dass fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten und hohe Lebenshaltungskosten die Gefahr der ***Verschärfung sozialer Ungleichheiten und Spannungen*** erhöhen;

Änderungsantrag 58

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. hebt hervor, dass die Mittel für Forschung und Innovation erheblich aufgestockt, auf die strategischen Prioritäten der Union konzentriert und weiterhin nach dem Grundsatz der Exzellenz bestimmt werden sollten; ist der Ansicht, dass im MFR und auf nationaler Ebene ausreichende Mittel zur Verfügung stehen sollten, um alle qualitativ hochwertigen Projekte zu finanzieren;	11. hebt hervor, dass die Mittel für Forschung und Innovation erheblich aufgestockt, auf die strategischen Prioritäten der Union konzentriert und weiterhin nach dem Grundsatz der Exzellenz bestimmt werden sollten; ist der Ansicht, dass im MFR und auf nationaler Ebene ausreichende Mittel zur Verfügung stehen sollten, um alle qualitativ hochwertigen Projekte zu finanzieren; ***betont, dass mehr Mittel für Programme zur Förderung von Wissenschaft und Forschung bezüglich der negativen Auswirkungen der Umweltverschmutzung, des Klimawandels und des Verlusts an Biodiversität auf die***

Gesundheit und auf die Wirtschaft, wovon Frauen unverhältnismäßig stark betroffen sind, bereitgestellt werden müssen, damit mehr wissenschaftliche Erkenntnisse in politische Strategien einfließen;

Änderungsantrag 59

Entschließungsantrag
Ziffer 11 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11a. betont, dass Frauen mit unverhältnismäßigen Herausforderungen konfrontiert sind, einschließlich einer Unterrepräsentation in den Leitungsorganen von Unternehmen, was auch mit Schwierigkeiten beim Zugang zu Finanzmitteln und Mentoring, mit geschlechtsspezifischer Diskriminierung, mit Geschlechterstereotypisierung und mit Belästigung am Arbeitsplatz einhergeht, was zu einem unausgewogenen Arbeitsmarkt und einer unverhältnismäßigen Belastung durch Pflege- und Betreuungsaufgaben und unbezahlte Hausarbeit führt, wodurch das Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit von Frauen behindert werden können; in der Erwägung, dass im nächsten MFR das Problem der geringeren Chancen von Unternehmerinnen thematisiert und der verstärkte Zugang von Frauen zu Kapital und Netzwerken angeregt werden sollte, insbesondere durch eine dynamische Kostenanalyse, die dazu beitragen wird, Maßnahmen zu ermitteln und abzuschaffen, die Frauen, auch Unternehmerinnen, unverhältnismäßig stark benachteiligen;

Änderungsantrag 60

Entschließungsantrag
Ziffer 11 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11b. betont, dass, wie in den politischen Leitlinien der Kommission 2024-2029 hervorgehoben wurde, Qualifikationsdefizite ausgeglichen werden müssen und dass es wichtig ist, dass der Haushalt der Union und der nächste MFR einen strategischen Plan für die Ausbildung in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) enthalten, der auch einen Ansatz zur Förderung von Mädchen und Frauen im Bereich der Ausbildung und der beruflichen Tätigkeit in den MINT-Fächern umfasst, da sich bei Arbeitsplätzen in diesen Berufsfeldern klare geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen und dort fast doppelt so viele Männer wie Frauen beschäftigt sind; weist darauf hin, dass dies, wie im Draghi-Bericht dargelegt, eine unzureichende Nutzung vorhandener Talente darstellen könnte;

Änderungsantrag 61

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. ist der Auffassung, dass die Union einen Rahmen für die Wettbewerbsfähigkeit entwickeln muss, der ihren ***eigenen Werten*** und politischen Zielen entspricht, ***und*** dass die Wettbewerbsfähigkeit daher so zu verstehen ist, dass sie nicht nur das Wirtschaftswachstum, sondern auch den sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt sowie die ökologische Nachhaltigkeit umfasst;	13. ist der Auffassung, dass die Union einen Rahmen für die Wettbewerbsfähigkeit entwickeln muss, der ihren ***Grundwerten der Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit*** und ***Achtung der Menschenwürde sowie ihren*** politischen Zielen entspricht***; ist der Ansicht***, dass die Wettbewerbsfähigkeit daher so zu verstehen ist, dass sie nicht nur das Wirtschaftswachstum, sondern auch den sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt sowie die ökologische Nachhaltigkeit umfasst; ***betont, dass eine wirklich wettbewerbsfähige und florierende***

	Wirtschaft ohne die vollumfängliche Erwerbsbeteiligung von Frauen und ihre uneingeschränkte Mitwirkung an der Führung von Unternehmen nicht erreicht werden kann; hebt hervor, dass der Frauenanteil in den MINT-Bereichen erhöht werden muss, da die Kompetenzen, das Wissen und die Qualifikationen der Frauen dazu beitragen können, die europäische Wirtschaft anzukurbeln und die in verschiedenen EU-Politikbereichen festgelegten Ziele zu unterstützen;

Änderungsantrag 62

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13a. fordert einen strategischen Rahmen innerhalb des MFR, mit dem die Wettbewerbsfähigkeit in allen von der EU finanzierten Programmen und Initiativen verankert wird, wobei anerkannt wird, dass Innovation, der digitale Wandel, Bildung und Beschäftigung unter guten Bedingungen für die Bürgerinnen und Bürger, einschließlich Frauen und Mädchen, wichtige Faktoren der Wettbewerbsfähigkeit sind, und betont, dass diese Faktoren durch Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden können;

Änderungsantrag 63

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. betont, dass eine wettbewerbsfähigere, produktivere und sozial integrativere Wirtschaft dazu beiträgt, hochwertige und gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen und damit den	14. betont, dass eine wettbewerbsfähigere, produktivere und sozial integrativere Wirtschaft dazu beiträgt, hochwertige und gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen und damit den

Lebensstandard der Menschen zu verbessern; hebt hervor, dass der Haushalt der Union durch Programme wie den Europäischen Sozialfonds+ und Erasmus+ eine wichtige Rolle bei der Förderung der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung und bei der Verbesserung der Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte durch Umschulung und Weiterbildung spielen kann, um die Menschen auf eine Beschäftigung in einer modernen Wirtschaft vorzubereiten;	Lebensstandard der Menschen zu verbessern***; unterstreicht, dass sich der wirtschaftliche Verlust durch das geschlechtsspezifische Beschäftigungsgefälle auf 370 Milliarden EUR pro Jahr beläuft und dass eine Verbesserung der Gleichstellung der Geschlechter zu einem Anstieg des BIP um bis zu 3,15 Billionen EUR bis 2050 führen könnte***; hebt hervor, dass der Haushalt der Union durch Programme wie den Europäischen Sozialfonds+ und Erasmus+ eine wichtige Rolle bei der Förderung der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung und bei der Verbesserung der Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte durch Umschulung und Weiterbildung spielen kann, um die Menschen auf eine Beschäftigung in einer modernen Wirtschaft vorzubereiten; ***betont, dass durch die Unterrepräsentation von Mädchen und Frauen in mehreren Bildungsbereichen und Berufen zum geschlechtsspezifischen Lohngefälle, zu einem von Geschlechterstereotypen geprägten Arbeitsmarkt und zu einer daraus folgenden Spaltung des Arbeitsmarkts beigetragen wird;***

Änderungsantrag 64

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. fordert die Kommission auf, dem verstärkten Ausbau der Qualifikationen von Frauen und Mädchen, einschließlich älterer Frauen, größere Aufmerksamkeit zu widmen, was wiederum dazu beitragen wird, das geschlechtsspezifische Gefälle bei der Qualifikationsentwicklung zu verringern und sicherzustellen, dass Frauen in der Lage sind, die Produktivität zu steigern und zum allgemeinen Wirtschaftswachstum in der EU

beizutragen;

Änderungsantrag 65

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. besteht darauf, dass der Haushalt der Union auch weiterhin wichtige und arbeitsplatzschaffende Wirtschaftszweige unterstützen sollte, in denen die EU bereits weltweit führend ist, wie den Tourismus und die Kultur- und Kreativwirtschaft;	15. besteht darauf, dass der Haushalt der Union auch weiterhin wichtige und arbeitsplatzschaffende Wirtschaftszweige unterstützen sollte, in denen die EU bereits weltweit führend ist, wie den Tourismus und die Kultur- und Kreativwirtschaft; ***ist der Ansicht, dass dabei auch die wesentliche Rolle des Pflege- und Betreuungssektors anerkannt werden muss, etwa des Gesundheitswesens, der Bildung und der Sozialfürsorge, indem wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt und hochwertige Beschäftigung sichergestellt werden;***

Änderungsantrag 66

Entschließungsantrag
Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17a. drängt darauf, dass strengere Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für alle Bürgerinnen und Bürger ergriffen werden; hebt das anhaltende geschlechtsspezifische Gefälle bei unbezahlter Pflege- und Betreuungsarbeit hervor, das Frauen unverhältnismäßig stark belastet; ist der Ansicht, dass es wesentlich ist, vorrangig Investitionen in erschwingliche und hochwertige Kinderbetreuung zu tätigen, den bezahlten Elternurlaub auszuweiten und politische Maßnahmen, mit denen inklusive Gemeinschaften gefördert

	werden, anzunehmen; misst der Notwendigkeit, der Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz, insbesondere nach ihrem Mutterschaftsurlaub, ein Ende zu setzen, besonders große Bedeutung bei; betont, dass Pflege- und Betreuungsaufgaben kein Hindernis für die Laufbahnentwicklung von Frauen darstellen dürfen; fordert ausreichende Finanzmittel für die Umsetzung der Europäischen Strategie für Pflege und Betreuung, um hochwertige, zugängliche und erschwingliche Pflege und Betreuung für alle sicherzustellen; betont ferner, dass Investitionen in Kinderbetreuungs- und Langzeitpflegeeinrichtungen erforderlich sind, um die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt sicherzustellen;

Änderungsantrag 67

Entschließungsantrag
Ziffer 17 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17b. betont, dass geschlechtsspezifische Ungleichheiten in bestimmten Wirtschaftszweigen, d. h. in der Landwirtschaft und in der Fischerei, die von grundlegender Bedeutung sind, um die Lebensmittelsicherheit und strategische Autonomie der EU sicherzustellen, deutlicher zutage treten; ist der Ansicht, dass es demnach wesentlich ist, dass diese Wirtschaftszweige, die in ländlichen Gebieten überwiegen und in denen es größere geschlechtsspezifische Diskrepanzen im Bereich der Beschäftigung als in städtischen Gebieten gibt, mit dem nächsten MFR weiterhin unterstützt werden;

Änderungsantrag 68

Entschließungsantrag

Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. betont, dass ***bei*** den Mitteln für die Kohäsionspolitik ***den*** wichtigsten Herausforderungen, denen sich die Union gegenübersieht, ***wie dem demografischen*** Wandel und ***dem*** Bevölkerungsrückgang, ***Rechnung getragen werden muss*** und dass ***sie*** auf die bedürftigsten Regionen und Menschen ausgerichtet sein müssen; hebt insbesondere hervor, wie wichtig eine verstärkte Unterstützung bei der Bewältigung der EU-weiten Wohnungskrise ist, von der Millionen von Familien und jungen Menschen betroffen sind;	19. betont, dass ***mit*** den Mitteln für die Kohäsionspolitik ***– unter Achtung der Menschenrechte und Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit – die*** wichtigsten Herausforderungen ***angegangen werden müssen***, denen sich die Union gegenübersieht, ***z. B. zunehmende sozioökonomische Härten und Hindernisse bei der Wahrnehmung sozialer Rechte – etwa bezüglich der Gesundheitsversorgung, einschließlich Diensten im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit –, die soziale Sicherheit, das Wohnungswesen, der Klimawandel, die zunehmenden Unterschiede auf inter- und intraregionaler Ebene, der demografische*** Wandel und ***der*** Bevölkerungsrückgang, ***die sich jeweils unverhältnismäßig auf Frauen und Mädchen auswirken,*** und dass ***die Mittel für die Kohäsionspolitik*** auf die bedürftigsten Regionen und Menschen***, wie Frauen und Minderheiten,*** ausgerichtet sein müssen; hebt insbesondere hervor, wie wichtig eine verstärkte Unterstützung bei der Bewältigung der EU-weiten Wohnungskrise ist, von der Millionen von Familien und jungen Menschen betroffen sind;

Änderungsantrag 69

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. nimmt zur Kenntnis, dass es bei der Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter, wobei es sich um einen wichtigen Aspekt für die Entwicklung und folglich für die Kohäsion handelt, nach wie vor regionale Unterschiede in der EU

	gibt; betont, dass der nächste MFR daher über eine umfassendere Vision für die harmonische Entwicklung des europäischen Raums im Sinne von Kohäsion verfügen sollte; betont, dass die EU dringend wesentliche Herausforderungen bewältigen muss, die sich negativ auf ihre langfristige Stabilität und ihr langfristiges Wachstum auswirken, was sich insbesondere auf den demografischen Wandel und regionale Unterschiede bezieht; hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass ein wesentlicher Schwerpunkt darauf liegen sollte, die schwächsten Regionen und Bevölkerungsgruppen zu unterstützen, damit niemand zurückgelassen wird und die Verbesserung des sozialen Zusammenhalts zu einer absoluten Priorität wird, und zugleich dringende Probleme zu bewältigen, z. B. die EU-weite Wohnungskrise, von der Millionen von Familien, Frauen und jungen und schutzbedürftigen Menschen in der gesamten Union betroffen sind, die nicht in den vollen Genuss ihrer Rechte kommen und häufig Diskriminierung erfahren;

Änderungsantrag 70

Entschließungsantrag
Ziffer 19 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19b. fordert die Kommission auf, den Verwaltungsaufwand für Unternehmerinnen und Unternehmer zu reduzieren, und zwar im Wege von Bemühungen um Vereinfachung, um den Meldeaufwand für KMU zu senken, wobei ein besonderer Schwerpunkt nach Möglichkeit auf von Frauen geführten Unternehmen liegen und diesen eine besondere Gewichtung zukommen sollte;

Änderungsantrag 71

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. betont, dass der grüne und der digitale Wandel untrennbar mit der Wettbewerbsfähigkeit, der Modernisierung der Wirtschaft und der Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft verbunden sind und dass der MFR für die Zeit nach 2027 daher weiterhin den grünen und den digitalen Wandel fördern muss;	21. betont, dass der grüne und der digitale Wandel untrennbar mit der Wettbewerbsfähigkeit, der Modernisierung der Wirtschaft und der Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft verbunden sind und dass der MFR für die Zeit nach 2027 daher weiterhin den grünen und den digitalen Wandel fördern muss; ***hebt hervor, dass der grüne Wandel durch gezielte Unterstützung aus dem Haushalt beschleunigt werden muss, wobei zugleich ausreichende Ressourcen für nachhaltige Investitionen sicherzustellen sind, insbesondere in Bezug auf Frauen und Mädchen;***

Änderungsantrag 72

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. weist darauf hin, dass die Union sich verpflichtet hat, bis 2050 klimaneutral zu werden, was eine Dekarbonisierung der Wirtschaft durch den Einsatz sauberer Technologien, die Verbesserung der Energie- und Verkehrsinfrastruktur und energieeffizientere Gebäude erfordert; stellt fest, dass die Kommission den zusätzlichen Investitionsbedarf für die Verwirklichung der Klimaneutralität bis 2050 auf 1,5 % des BIP pro Jahr im Vergleich zum Jahrzehnt 2011-2020 veranschlagt und dass der Haushalt der Union allein diese Lücke zwar nicht schließen kann, aber weiterhin einen wesentlichen Beitrag leisten muss;	22. weist darauf hin, dass die Union sich verpflichtet hat, bis 2050 klimaneutral zu werden, was eine Dekarbonisierung der Wirtschaft durch den Einsatz sauberer Technologien, die Verbesserung der Energie- und Verkehrsinfrastruktur und energieeffizientere Gebäude erfordert***; betont, dass das Erreichen der Klimaneutralität bis 2050 auch im Hinblick auf die Gleichstellung der Geschlechter von entscheidender Bedeutung ist und einen schnellen Ausstieg aus der direkten und indirekten EU-Finanzierung für fossile Brennstoffe bis 2027 erfordert; fordert, dass Investitionen in Innovationen im Bereich der sauberen Energie, in die Verminderung der Umweltverschmutzung***

	und in Klimaresilienz umgelenkt werden; stellt fest, dass die Kommission den zusätzlichen Investitionsbedarf für die Verwirklichung der Klimaneutralität bis 2050 auf 1,5 % des BIP pro Jahr im Vergleich zum Jahrzehnt 2011-2020 veranschlagt und dass der Haushalt der Union allein diese Lücke zwar nicht schließen kann, aber weiterhin einen wesentlichen Beitrag leisten muss;

Änderungsantrag 73

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. hebt hervor, dass die Industrie beim Übergang zur Klimaneutralität eine zentrale Rolle spielen wird und dass Unterstützung erforderlich ist, um bestimmte Industriezweige und ihre Beschäftigten bei der Anpassung zu unterstützen; betont, dass beim Übergang niemand zurückgelassen werden darf, was Investitionen in stark von fossilen Brennstoffen abhängigen Regionen und eine verstärkte Unterstützung der privaten Haushalte, insbesondere durch den Klima-Sozialfonds, erfordert;	23. hebt hervor, dass die Industrie beim Übergang zur Klimaneutralität eine zentrale Rolle spielen wird und dass Unterstützung erforderlich ist, um bestimmte Industriezweige und ihre Beschäftigten bei der Anpassung zu unterstützen; betont, dass beim Übergang niemand zurückgelassen werden darf, was Investitionen in stark von fossilen Brennstoffen abhängigen Regionen und eine verstärkte Unterstützung der privaten Haushalte, insbesondere durch den Klima-Sozialfonds, erfordert; ***fordert zum Schutz der Umwelt und der öffentlichen Gesundheit die Zuweisung gezielter Mittel für die Sanierung von durch PFAS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) verunreinigten Standorten, da diese Verunreinigungen gravierende Auswirkungen auf die Fruchtbarkeit von Frauen und Mädchen haben;***

Änderungsantrag 74

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

24. weist auf den tiefgreifenden technologischen Wandel hin, der im Gange ist, wobei neue Technologien wie künstliche Intelligenz sowohl Chancen in Bezug auf das wirtschaftliche Potenzial und die Verbesserung des Lebens der Bürgerinnen und Bürger bieten als auch Herausforderungen in Bezug auf Zuverlässigkeit und Ethik mit sich bringen; betont, dass der nächste MFR die Entwicklung und den sicheren Einsatz dieser Technologien unterstützen und den Menschen dabei helfen muss, die Fähigkeiten zu erwerben, die sie benötigen, um mit diesen Technologien zu arbeiten und sie zu nutzen;	24. weist auf den tiefgreifenden technologischen Wandel hin, der im Gange ist, wobei neue Technologien wie künstliche Intelligenz sowohl Chancen in Bezug auf das wirtschaftliche Potenzial und die Verbesserung des Lebens der Bürgerinnen und Bürger bieten als auch Herausforderungen in Bezug auf Zuverlässigkeit und Ethik mit sich bringen; betont, dass der nächste MFR die Entwicklung und den sicheren Einsatz dieser Technologien unterstützen***, , gegen Algorithmen, die zu geschlechtsspezifischer Gewalt beitragen, vorgehen*** und den Menschen dabei helfen muss, die Fähigkeiten zu erwerben, die sie benötigen, um mit diesen Technologien zu arbeiten und sie zu nutzen;

Änderungsantrag 75

Entschließungsantrag
Ziffer 24 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24a. fordert, die Präsenz und den Einfluss von Frauen im digitalen Bereich zu stärken, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf den Erwerb bereichsübergreifender Kompetenzen wie Führungsqualitäten, die Befähigung zu aktiver Mitgestaltung, Verhandlungskompetenzen und Strategien für das Gender-Mainstreaming zu legen ist; unterstreicht, dass Verbesserungen in Bezug auf Weiterbildung und Mentoring in wesentlichen technologischen Bereichen – wie Cybersicherheit, Frontend-Entwicklung, Grafikdesign und digitales Marketing – unerlässlich sind, um das Kompetenzdefizit im digitalen Bereich zu überwinden und Frauen in die Lage zu versetzen, sich im digitalen Zeitalter voll zu entfalten, wodurch sie letztlich zum Wirtschaftswachstum in

ihren Regionen beitragen;

Änderungsantrag 76

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. weist darauf hin, dass Sicherheit ***die Grundlage*** für den Wohlstand und das Sozialmodell der Union ***ist*** und dass im nächsten MFR deutlich mehr in den Schutz der Union vor den zahlreichen Bedrohungen, denen sie ausgesetzt ***ist***, investiert werden muss;	25. weist darauf hin, dass ***Frieden und die*** Sicherheit ***des Menschen Grundlagen*** für den Wohlstand und das Sozialmodell der Union ***sind*** und dass im nächsten MFR deutlich mehr in den Schutz der Union ***und ihrer Bürgerinnen und Bürger*** vor den zahlreichen Bedrohungen, denen sie ausgesetzt ***sind***, investiert werden muss;

Änderungsantrag 77

Entschließungsantrag
Ziffer 25 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25a. betont, dass Sicherheit im weitesten Sinne mittels eines auf den Menschen ausgerichteten Ansatzes verstanden werden sollte, bei dem soziale, bildungs- und umweltbezogene sowie kulturelle Dimensionen einbezogen werden, die starke Demokratien und Gleichheit, einschließlich der Gleichstellung der Geschlechter, erfordern; besteht darauf, dass diese allgemeineren Sicherheitsaspekte bei Investitionen in die Verteidigung berücksichtigt werden;

Änderungsantrag 78

Entschließungsantrag
Ziffer 31

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

31. betont, dass die Union die Mittel für die Vorsorge in allen Bereichen aufstocken muss; hebt hervor, dass zusätzlich zu den Bemühungen zur Minderung des Klimawandels durch den grünen Wandel erhebliche Investitionen zur Anpassung an den Klimawandel erforderlich sind, insbesondere zum Schutz vor den und zur Verringerung der Auswirkungen von Naturkatastrophen und schweren Wetterereignissen; ist der Ansicht, dass die Unterstützung für diesen Zweck im nächsten MFR deutlich erhöht werden muss;	31. betont, dass die Union die Mittel für die Vorsorge in allen Bereichen aufstocken muss; hebt hervor, dass zusätzlich zu den Bemühungen zur Minderung des Klimawandels durch den grünen Wandel erhebliche Investitionen zur Anpassung an den Klimawandel erforderlich sind, insbesondere zum Schutz vor den und zur Verringerung der Auswirkungen von Naturkatastrophen und schweren Wetterereignissen; ***betont, dass die Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts bei der Haushaltsplanung in die Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel einbezogen werden muss, um sicherzustellen, dass Frauen und gefährdete Gruppen bei klimabedingten Katastrophen gezielt unterstützt werden; unterstreicht, dass gefährdete Gruppen, darunter Kinder, Schwangere, ältere Menschen, bereits erkrankte Personen sowie Menschen, die sozioökonomische Ungleichheiten erfahren, unverhältnismäßigen Risiken für die Gesundheit ausgesetzt sind;*** ist der Ansicht, dass die Unterstützung für diesen Zweck im nächsten MFR deutlich erhöht werden muss***, insbesondere zumal Frauen und Mädchen von diesen Krisen unverhältnismäßig betroffen sind***; ***betont, dass jegliche Form der Finanzierung für fossile Brennstoffe und umweltschädliche Tätigkeiten eingestellt werden muss, da soziale Ungleichheiten durch Umweltzerstörung verschärft werden;***

Änderungsantrag 79

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
32. erinnert daran, dass die COVID-19-Pandemie weltweit wirtschaftliche und soziale Probleme mit sich gebracht hat und dass eine der wichtigsten Lehren, die	32. erinnert daran, dass die COVID-19-Pandemie weltweit wirtschaftliche und soziale Probleme mit sich gebracht hat***, die sich unverhältnismäßig auf Frauen***

daraus zu ziehen sind, darin besteht, dass in die Vorsorge für ***Gesundheitsbedrohungen***, in die medizinische Forschung und in die Widerstandsfähigkeit der öffentlichen Gesundheitssysteme in der Union investiert werden muss; ist der Ansicht, dass der nächste MFR auf der im laufenden Programmplanungszeitraum geleisteten Arbeit aufbauen muss;

ausgewirkt haben, und dass eine der wichtigsten Lehren, die daraus zu ziehen sind, darin besteht, dass in die Vorsorge für ***Bedrohungen für Gesundheit, Klima und Umwelt, in die Behebung von Arzneimittelengpässen, in den Fortschritt der Wissenschaft in Bezug auf Belastungen der Gesundheit und Wirtschaft durch Umweltverschmutzung***, in die medizinische Forschung und in die Widerstandsfähigkeit der öffentlichen Gesundheitssysteme in der Union investiert werden muss***; betont, dass dem Schutz der am stärksten gefährdeten Menschen, darunter Kinder, Schwangere, ältere Menschen, bereits erkrankte Personen sowie sozioökonomisch benachteiligte Gruppen, bei der Vorsorge Vorrang eingeräumt werden muss; fordert Investitionen für den Schutz der Gesundheit in wesentlichen, sich auf die Gesundheit auswirkenden Bereichen, z. B. Energie, Transport, Landwirtschaft, Industrie und Stadtplanung, um die langfristige Klimaresilienz zu fördern und die öffentliche Gesundheit zu schützen***; ist der Ansicht, dass der nächste MFR auf der im laufenden Programmplanungszeitraum geleisteten Arbeit aufbauen ***und die Aufrechterhaltung sowie den Ausbau des „EU4Health"-Programms vorsehen*** muss; ***ist der Auffassung, dass zusätzliche Ressourcen zugewiesen werden müssen, um geschlechtersensible Arzneimittel zu entwickeln und unter anderem sicherzustellen, dass Dienstleistungen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte zeitnah erbracht werden und zugänglich sind;***

Änderungsantrag 80

Entschließungsantrag
Ziffer 32 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

	32a. betont, wie wichtig ein umfassender Sicherheitsansatz ist, bei dem die Rechtsstaatlichkeit, die Gleichstellung der Geschlechter und die Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden und der über militärische Bedrohungen hinaus auch Herausforderungen wie den Klimawandel, die Ressourcenknappheit, den demografischen Wandel, die organisierte Kriminalität, Cyberangriffe und Krisen im Bereich der öffentlichen Gesundheit angeht; hebt hervor, dass die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft von einer angemessenen finanziellen Ausstattung unterfinanzierter Branchen abhängt, insbesondere des Gesundheits- und Sozialwesens, in denen Frauen die Mehrheit sowohl der Erwerbsbevölkerung als auch der Begünstigten ausmachen und auch in Krisen unverhältnismäßig stark betroffen sind; betont, dass für die Sicherheit und den Schutz des Gemeinwesens erhebliche Investitionen erforderlich sind, insbesondere in unterfinanzierte und unterbewertete Bereiche, z. B. Sozialdienste, wo sowohl das Personal als auch die Begünstigten überwiegend Frauen sind; fordert eine Erhöhung der Mittel, um die Resilienz und Vorsorge der sozialen Infrastruktur als einen Grundpfeiler der Sicherheit und des Schutz des Gemeinwesens insgesamt zu stärken;

Änderungsantrag 81

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. hebt hervor, wie wichtig es ist, dass im nächsten MFR weiterhin Mittel für ***einen wirksamen Schutz*** der EU-Außengrenzen bereitgestellt werden; betont, dass ***Menschenhändlernetze***	34. hebt hervor, wie wichtig es ist, dass im nächsten MFR weiterhin Mittel für ***ein ordnungsgemäßes, humanes und faires Management*** der EU-Außengrenzen bereitgestellt werden; ***was das wirksame***

bekämpft werden müssen und gegen hybride Angriffe ***und die Instrumentalisierung von Migranten, insbesondere durch ein Drittland oder einen feindseligen nicht staatlichen Akteur,*** vorgegangen werden muss;

Funktionieren unabhängiger Überwachungsmechanismen einschließt, die von entscheidender Bedeutung sind, um das Risiko von Grundrechtsverletzungen, insbesondere für Frauen und Kinder, zu senken; betont, dass ***schutzbedürftige Menschen, insbesondere Frauen und Mädchen, besser vor Menschenhändlernetzen geschützt*** werden müssen und ***dass*** gegen hybride Angriffe vorgegangen werden muss;

Änderungsantrag 82

Entschließungsantrag
Ziffer 34 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	34a. fordert eine schlüssige und nachhaltige Haushaltsplanung für alle geschlechtsspezifischen Maßnahmen im Verteidigungs- und Sicherheitssektor der EU, die im Einklang mit dem EU-Aktionsplan für Frauen, Frieden und Sicherheit steht; betont, dass im Rahmen von Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) gezielte Mittel für geschlechtsspezifische Maßnahmen notwendig sind, einschließlich einer spezifischen Haushaltslinie für Berater für Gleichstellungsfragen bei zivilen GSVP-Missionen;

Änderungsantrag 83

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. weist nachdrücklich darauf hin, dass die Union angesichts der zunehmenden globalen Instabilität weiterhin konstruktiv mit Drittländern	35. weist nachdrücklich darauf hin, dass die Union angesichts der zunehmenden globalen Instabilität weiterhin konstruktiv mit Drittländern

zusammenarbeiten und im Einklang mit ihren Werten weltweit Frieden, Stabilität, Wohlstand, Sicherheit, Demokratie und nachhaltige Entwicklung fördern muss;	zusammenarbeiten und im Einklang mit ihren Werten weltweit Frieden, Stabilität, Wohlstand, Sicherheit, Demokratie***, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, die Gleichstellung der Geschlechter, menschliche Entwicklung*** und nachhaltige Entwicklung fördern muss;

Änderungsantrag 84

Entschließungsantrag
Ziffer 35 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35a. weist auf die Zusage der Union hin, die Ziele für nachhaltige Entwicklung bis 2030 zu erreichen, sowie auf ihre allgemeineren Zusagen in Bezug auf internationalen Frieden und internationale Sicherheit, Multilateralismus, Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung und internationale Solidarität; betont, dass diese Zusagen im nächsten MFR durch ausreichende Investitionen untermauert werden müssen; betont, dass die Menschenrechte, insbesondere die Gesundheit und die Rechte von Frauen, sowie die Rechte von Minderheiten und Menschen, die unter prekären Bedingungen leben, dringend geschützt und gefördert werden müssen; besteht darauf, dass mit den Finanzierungsinstrumenten der EU für das auswärtige Handeln alle spezifische Ziele verfolgt und nicht zusammengeführt werden dürfen und dass die humanitäre Hilfe, die Entwicklungszusammenarbeit und das Instrument für Heranführungshilfe getrennte Instrumente bleiben müssen, um ihre spezifischen Ziele weiterhin zu erreichen;

Änderungsantrag 85

Entschließungsantrag

Ziffer 36 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	36a. weist erneut darauf hin, dass sich die Entwicklungszusammenarbeit der EU auf die in Artikel 21 des Vertrags über die Europäische Union dargelegten Grundsätze und auf die in Artikel 208 AEUV festgelegten Ziele stützen muss, nämlich die Verringerung und langfristig die Beseitigung der Armut, von der Frauen und Kinder unverhältnismäßig stark betroffen sind;

Änderungsantrag 86

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
37. betont, dass im nächsten MFR weiterhin die dringendsten globalen Herausforderungen angegangen werden müssen, von der Bekämpfung des Klimawandels über die Unterstützung bei Naturkatastrophen, die Gewährleistung der weltweiten Ernährungssicherheit, die Verbesserung der Gesundheitssysteme, die Verringerung von Armut und Ungleichheit bis hin zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Sicherheit der globalen Lieferketten; hebt insbesondere hervor, dass die südliche und östliche Nachbarschaft der Union unterstützt werden ***muss***;	37. betont, dass im nächsten MFR weiterhin die dringendsten globalen Herausforderungen angegangen werden müssen, von der Bekämpfung des Klimawandels***, der Verringerung und Vermeidung von Umweltverschmutzung*** über die Unterstützung bei Naturkatastrophen, die Gewährleistung der weltweiten Ernährungssicherheit, die Verbesserung der Gesundheitssysteme ***und der menschlichen Entwicklung***, die Verringerung von Armut und Ungleichheit***, auch der geschlechtsspezifischen Ungleichheit, die Anhebung des Bildungsniveaus*** bis hin zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Sicherheit der globalen Lieferketten; hebt insbesondere hervor, dass die südliche und östliche Nachbarschaft der Union***, Afrika südlich der Sahara, Asien und Lateinamerika*** unterstützt werden ***müssen***;

Änderungsantrag 87

Entschließungsantrag

Ziffer 37 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	37a. betont, dass im nächsten MFR ausreichende Mittel bereitgestellt werden müssen, um die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau im gesamten auswärtigen Handeln der EU zu fördern; fordert, dass bei dem nächsten Instrument für die internationale Zusammenarbeit besonderes Augenmerk auf die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter gelegt wird, mit dem Ziel, 85 % der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) für Projekte zu verwenden, deren wesentliches Ziel oder Hauptziel die Gleichstellung der Geschlechter ist, und 20 % der ODA für Projekte zu verwenden, deren ausschließliches Hauptziel die Gleichstellung der Geschlechter ist; betont, dass dringend gehandelt werden muss, um auf die weltweite Rücknahme von Frauenrechten zu reagieren, und betont, dass im derzeitigen MFR kein eigener Haushalt für die Umsetzung des EU-Aktionsplans für die Gleichstellung (GAP III) vorgesehen ist;

Änderungsantrag 88

Entschließungsantrag
Ziffer 37 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	37b. betont, wie wichtig der Aktionsplan für die Gleichstellung (GAP III) ist, um die Fortschritte auf dem Weg zur Gleichstellung der Geschlechter weltweit zu beschleunigen, indem er zu einer Priorität des gesamten auswärtigen Handelns der EU gemacht wird und insbesondere das Ziel festgelegt wird, dass 85 % aller neuen Maßnahmen bis 2025 zur Gleichstellung der Geschlechter und zur Stärkung der Rolle der Frau

	beitragen; weist darauf hin, dass diese Bemühungen im Rahmen des MFR für die Zeit nach 2027 fortgesetzt und weiterverfolgt werden müssen, wobei angemessene Mittel für die Umsetzung des bevorstehenden GAP IV im Einklang mit der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit bereitgestellt werden müssen; betont, dass das Problem der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt in Konflikten dringend unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten angegangen werden muss;

Änderungsantrag 89

Entschließungsantrag
Ziffer 38

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
38. betont, dass im Haushalt die Rolle der Union als weltweit führender Geber von Entwicklungshilfe und Klimafinanzierung im Einklang mit den globalen Verpflichtungen und Zusagen der Union gewahrt werden muss; fordert mit Nachdruck, dass der Haushalt die Union weiterhin in ihren Bemühungen unterstützen muss, die regelbasierte internationale Ordnung, die Demokratie, den Multilateralismus, die Menschenrechte und die Grundwerte zu verteidigen;	38. betont, dass im Haushalt die Rolle der Union als weltweit führender Geber von Entwicklungshilfe und Klimafinanzierung im Einklang mit den globalen Verpflichtungen und Zusagen der Union gewahrt werden muss***, einschließlich des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) und der Erklärung und Aktionsplattform von Peking sowie der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit***; fordert mit Nachdruck, dass der Haushalt die Union weiterhin in ihren Bemühungen unterstützen muss, die regelbasierte internationale Ordnung, die Demokratie, den Multilateralismus, die Menschenrechte***, die Nichtdiskriminierung, die Gleichstellung*** und die Grundwerte zu verteidigen; ***betont ferner, dass die EU die Mittel für die weltweite Förderung der Menschenrechte und der Gleichstellung der Geschlechter erhöhen und Lücken schließen muss, die sich aus dem Mittelabzug seitens der US-Agentur für internationale Entwicklung und der Wiedereinführung der Global***

Gag Rule ergeben;

Änderungsantrag 90

Entschließungsantrag
Ziffer 42 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	42a. betont, dass sichergestellt werden muss, dass der nächste MFR solide und zweckgebundene Mittel für die Unterstützung der Demokratie und der Menschenrechte bereitstellt, insbesondere angesichts des weltweiten Erstarkens des Autoritarismus; betont, wie wichtig es ist, die demokratische Widerstandsfähigkeit zu stärken, den zivilgesellschaftlichen Raum zu schützen und die Grundfreiheiten, einschließlich der Meinungs-, Vereinigungs- und Pressefreiheit, zu schützen; betont, dass Menschenrechtsverteidiger, LGBTI-Rechte sowie die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte als integrale Bestandteile des auswärtigen Handelns der EU stärker unterstützt werden müssen; fordert nachdrücklich ein entschlossenes finanzielles Engagement, um demokratischen Rückschritten entgegenzuwirken und eine inklusive, auf Rechten basierende Regierungsführung weltweit zu unterstützen; fordert im nächsten MFR zweckgebundene Mittel zur Unterstützung von Menschenrechtsverteidigern, insbesondere von Frauen, durch Soforthilfe, Prozesskostenhilfe und Umsiedlung, wodurch das Engagement der Union für die Menschenrechte und den Schutz der Zivilgesellschaft gestärkt wird, einschließlich der Erklärung der Vereinten Nationen über die Menschenrechtsverteidiger;

Änderungsantrag 91

Entschließungsantrag
Ziffer 46

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
46. betont, wie wichtig der Unionshaushalt für die Förderung und den Schutz der Demokratie und der Werte der Union, die Förderung des gemeinsamen kulturellen Erbes der Union und der europäischen Integration, die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Beteiligung der Jugend sowie die Förderung der in der Charta der Grundrechte verankerten Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit ist; weist darauf hin, wie wichtig die Unabhängigkeit der Justiz, das reibungslose Funktionieren der nationalen Institutionen, die Unterstützung der Zivilgesellschaft und die „Deoligarchisierung“ sind;	46. betont, wie wichtig der Unionshaushalt für ***die Beseitigung von Diskriminierung sowie von geschlechtsspezifischer Ungleichheit und Gewalt, für*** die Förderung und den Schutz der Demokratie und der Werte der Union, ***wie sie in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union verankert sind, einschließlich der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und der Grundrechte, für die Förderung der Nichtdiskriminierung und Gleichheit, unter anderem der Gleichstellung der Geschlechter, der Rechte von Frauen und Mädchen und der Rechte von LGBTIQ-Personen, für die Bekämpfung geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt,*** die Förderung des gemeinsamen kulturellen Erbes der Union und der europäischen Integration, die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Beteiligung der Jugend sowie die Förderung der in der Charta der Grundrechte verankerten Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit ist; ***hebt die wechselseitige Abhängigkeit von Frauenrechten und Rechtsstaatlichkeit hervor; betont in diesem Zusammenhang, dass Organisationen der Zivilgesellschaft, die die Gleichstellung der Geschlechter, die Frauenrechte und die Rechte von LGBTIQ-Personen fördern, stärker unterstützt werden müssen;*** weist darauf hin, wie wichtig die Unabhängigkeit der Justiz, das reibungslose Funktionieren der nationalen Institutionen, die ***verstärkte*** Unterstützung der Zivilgesellschaft und die „Deoligarchisierung“ sind;

Änderungsantrag 92

Entschließungsantrag
Ziffer 46 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	46a. unterstützt die Verpflichtungen zum Gender-Mainstreaming und zur Gleichstellung der Geschlechter in allen Politikbereichen der EU im Rahmen des nächsten MFR sowie eine verstärkte haushaltspolitische Dimension bei der Bekämpfung aller Fälle von Diskriminierung;

Änderungsantrag 93

Entschließungsantrag
Ziffer 46 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	46b. betont die Notwendigkeit einer Aufstockung der Mittel, mit denen zur Aufrechterhaltung einer pluralistischen Gesellschaft beigetragen wird, in der die Gleichstellung und die Rechte der Menschen, einschließlich der Gleichstellung der Geschlechter, wie sie im Vertrag, in der Charta und in internationalen Menschenrechtsübereinkommen verankert sind, gefördert und geschützt werden; betont die entscheidende Bedeutung des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ für die Förderung und den Schutz der Werte der Union, mit dem unabhängige Organisationen der Zivilgesellschaft unterstützt werden, die diese Werte in allen Mitgliedstaaten verteidigen; fordert eine maßgebliche Aufstockung der Mittel für das Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“, was angesichts der zunehmenden Herausforderungen, Bedrohungen und Gegenreaktionen, mit denen die Zivilgesellschaft in der EU bei der

	Förderung und dem Schutz der Werte der Union konfrontiert ist, notwendig sein wird, und fordert die Fortsetzung des Kampfs für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter, unter anderem in Form der Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und der Unterstützung des allgemeinen Zugangs zu einer umfassenden, diskriminierungsfreien, altersgerechten und evidenzbasierten Sexualerziehung und -bildung für alle Schulkinder durch Pflichtkurse in den EU-Mitgliedstaaten; fordert daher, dass das CERV- und das NDICI-Programm im nächsten MFR als eigenständige Programme beibehalten und gestärkt und mit mehr Mitteln ausgestattet werden;

Änderungsantrag 94

Entschließungsantrag
Ziffer 46 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	46c. hebt hervor, dass Rassendiskriminierung in Europa nach wie vor ein Problem darstellt, und stellt fest, dass die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte berichtet, dass 96 % der Juden in Europa, darunter viele Frauen und Mädchen, in ihrem täglichen Leben auf Antisemitismus gestoßen sind, dass die Rassendiskriminierung von Muslimen und Schwarzen zunimmt, insbesondere bei denen, die religiöse Symbole tragen, hauptsächlich Frauen und Mädchen, und dass darüber hinaus ein Viertel der Roma in zentralen Lebensbereichen diskriminiert wird; betont, dass der neue MFR die Arbeit unterstützen sollte, um dieser besorgniserregenden Realität entgegenzuwirken;

Änderungsantrag 95

Entschließungsantrag
Ziffer 46 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	46d. betont, dass sichergestellt werden muss, dass alle Frauen Zugang zu Dienstleistungen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und den damit verbundenen Rechten haben und dass den besonderen Bedürfnissen marginalisierter Personen, einschließlich Kindern, Menschen mit Behinderungen, Menschen ethnischer Minderheiten, Frauen, die Flüchtlinge und Migranten sind, einschließlich derjenigen, die vor Konflikten fliehen, in denen Vergewaltigung als Kriegswaffe eingesetzt wird, und der LGBTI-Gemeinschaft, besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird; fordert die Schaffung eines spezifischen Finanzierungsstroms im Rahmen des MFR, um von Frauen geführte Organisationen in ehemaligen Konfliktregionen zu unterstützen und geschlechtersensible Initiativen zur wirtschaftlichen Erholung zu fördern, mit denen die besonderen Hürden für Frauen, die Opfer von Kriegsverbrechen geworden sind, beseitigt werden;

Änderungsantrag 96

Entschließungsantrag
Ziffer 46 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	46e. betont, dass die Union die Rechte von Menschen mit Behinderungen gemäß ihrer Verpflichtung aus dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (VN-Behindertenrechtskonvention) in alle Programme des MFR für die Zeit nach

	2027 durchgängig berücksichtigen muss; erachtet es als wesentlich, dass dafür gesorgt wird, dass Menschen mit Behinderungen, insbesondere Frauen und Mädchen, im Einklang mit der Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021-2030 einen gleichberechtigten Zugang zu allen EU-finanzierten Programmen haben; fordert die Kommission nachdrücklich auf, eine Methodik zur Nachverfolgung von Ausgaben zu entwickeln, die Menschen mit Behinderungen, insbesondere Frauen und Mädchen, zugutekommen, und zu überprüfen, ob alle Programme und von der EU finanzierte Projekte die Chancengleichheit der Geschlechter und den Zugang zu EU-Mitteln für Menschen mit Behinderungen gewährleisten;

Änderungsantrag 97

Entschließungsantrag
Ziffer 46 f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	46f. betont, dass im mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) eine stärkere finanzielle Unterstützung vorgesehen werden muss, um die spezifischen Herausforderungen von krebserkrankten Frauen und Krebsüberlebenden anzugehen, darunter Hindernisse für die Beschäftigung, finanzielle Unsicherheit und Zugang zu hochwertiger Gesundheitsversorgung; fordert die Kommission darüber hinaus nachdrücklich auf, in allen einschlägigen MFR-Programmen eine geschlechtersensible Haushaltsplanung umzusetzen, um Ungleichheiten in der Krebsversorgung zu beseitigen und politische Maßnahmen zu fördern, mit denen die wirtschaftlichen und sozialen Rechte von Frauen, die an Krebs erkrankt sind, geschützt werden;

Änderungsantrag 98

Entschließungsantrag
Ziffer 46 g (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	46g. verurteilt die jüngste Welle von rechte- und genderfeindlichen Narrativen und Bewegungen sowie die Gegenreaktionen auf die Rechte der Frau und die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte in der EU und weltweit; bedauert, dass im Rahmen des aktuellen MFR Elemente von Bewegungen der Gender- und der Abtreibungsgegner EU-Mittel erhalten haben, obwohl sie gegen die Grundrechte und andere Werte der EU verstoßen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass im nächsten MFR keine Mittel für genderfeindliche Gruppen, die versuchen, wichtige Fortschritte bei den Frauenrechten rückgängig zu machen, oder für Gruppen, die sich für die Aushöhlung der in der Charta verankerten Grundrechte einsetzen, bereitgestellt werden;

Änderungsantrag 99

Entschließungsantrag
Ziffer 46 h (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	46h. verurteilt aufs Schärfste alle Formen geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie gegen LGBTIQ+-Personen; bekräftigt nachdrücklich, dass die Verweigerung sexueller und reproduktiver Gesundheit und damit verbundener Rechte und Dienstleistungen, einschließlich des Rechts auf einen sicheren und legalen

	Schwangerschaftsabbruch, eine Form von Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist, eine Verletzung ihrer Grundrechte darstellt und in direktem Widerspruch zum EU-Wert der Gleichstellung der Geschlechter steht; bedauert, dass es kein eigenständiges Programm zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen mehr gibt, sondern dass es nur noch Bestandteil des allgemeinen Programms „Bürger und Rechte“ ist; betont, dass das Programm „Daphne“, mit dem darauf abgezielt wird, alle Formen geschlechtsspezifischer Gewalt zu verhindern und zu bekämpfen, zu einem eigenständigen Programm mit einer gesonderten Haushaltslinie und einer höheren Mittelausstattung werden muss, damit die wirksame Umsetzung der kürzlich angenommenen Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen und häuslicher Gewalt sichergestellt werden kann; hebt hervor, dass Finanzierungsmechanismen wie das Programm „Daphne“ gezielte Unterstützung für Frauen in Konfliktgebieten innerhalb der EU umfassen sollten, um sicherzustellen, dass Initiativen zur Gleichstellung der Geschlechter auch Frauen zugutekommen, die mit mehrdimensionalen Herausforderungen konfrontiert sind;

Änderungsantrag 100

Entschließungsantrag
Ziffer 47

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
47. betont, dass die Instabilität in Nachbarregionen, Armut, die grundlegenden Trends der wirtschaftlichen Entwicklung und der demografische Wandel ***weiterhin Migrationsströme*** in die Union ***auslösen*** und die Asyl- und Migrationssysteme unter erheblichen	47. betont, dass die Instabilität in Nachbarregionen, Armut, die grundlegenden Trends der wirtschaftlichen Entwicklung ***sowie der ökologische*** und der demografische Wandel ***Frauen unverhältnismäßig stark betreffen, Menschen zur Migration*** in die Union

Druck setzen; hebt hervor, dass im MFR für die Zeit nach 2027 die vollständige Umsetzung des Asyl- und Migrationspakets der Union im Einklang mit den Grundrechten und Werten der EU unterstützt werden muss; betont darüber hinaus, dass im Einklang mit dem Pakt die Zusammenarbeit mit Drittländern im Bereich Migration unter Wahrung des EU-Rechts und internationaler Standards erfolgen muss;

treiben und die Asyl- und Migrationssysteme unter erheblichen Druck setzen***; hebt hervor, dass Migrantinnen in diesem Zusammenhang eher Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt werden***; hebt hervor, dass im MFR für die Zeit nach 2027 die vollständige Umsetzung des Asyl- und Migrationspakets der Union im Einklang mit den Grundrechten und Werten der EU unterstützt werden muss; betont darüber hinaus, dass im Einklang mit dem Pakt die Zusammenarbeit mit Drittländern im Bereich Migration unter Wahrung des EU-Rechts und internationaler Standards***, einschließlich internationaler Menschenrechtsnormen,*** erfolgen muss;

Änderungsantrag 101

Entschließungsantrag
Ziffer 48

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
48. hebt hervor, wie wichtig eine enge Verknüpfung zwischen der Achtung der Rechtsstaatlichkeit und dem Zugang zu EU-Mitteln im Rahmen des derzeitigen MFR ist; ist der Auffassung, dass der Schutz der finanziellen Interessen der Union von der Achtung der Rechtsstaatlichkeit auf nationaler Ebene abhängt; begrüßt insbesondere die positiven Auswirkungen der Konditionalitätsverordnung auf den Schutz der finanziellen Interessen der Union bei systemischen und anhaltenden Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit; fordert die Kommission und den Rat auf, die Verordnung erforderlichenfalls strikt, konsequent und unverzüglich anzuwenden; betont, dass Entscheidungen über die Aussetzung oder Kürzung der Unionsmittel aufgrund von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit auf objektiven Kriterien beruhen müssen und weder von anderen Erwägungen geleitet noch das Ergebnis	48. hebt hervor, wie wichtig eine enge Verknüpfung zwischen der Achtung der Rechtsstaatlichkeit***, der Menschenwürde, der Freiheit, der Demokratie, der Gleichheit und der Menschenrechte*** und dem Zugang zu EU-Mitteln im Rahmen des derzeitigen MFR ist***; fordert, die bestehenden EU-Mechanismen zu stärken und zu verbessern, um sicherzustellen, dass bei der Gestaltung und Umsetzung des künftigen MFR die Grundrechte geachtet und gefördert werden***; ist der Auffassung, dass der Schutz der finanziellen Interessen der Union von der Achtung der Rechtsstaatlichkeit ***und der Grundrechte, einschließlich der Rechte der Frau,*** auf nationaler Ebene abhängt; begrüßt insbesondere die positiven Auswirkungen der Konditionalitätsverordnung auf den Schutz der finanziellen Interessen der Union bei systemischen und anhaltenden Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit; fordert die

von Verhandlungen sein dürfen;	Kommission und den Rat auf, die Verordnung erforderlichenfalls strikt, konsequent und unverzüglich anzuwenden; betont, dass Entscheidungen über die Aussetzung oder Kürzung der Unionsmittel aufgrund von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit auf objektiven Kriterien beruhen müssen und weder von anderen Erwägungen geleitet noch das Ergebnis von Verhandlungen sein dürfen;

Änderungsantrag 102

Entschließungsantrag
Ziffer 48 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	48a. fordert die Kommission und den Rat auf, Anhang III Artikel 15 Absatz 1 der Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen über zielübergreifende grundlegende Voraussetzungen durchzusetzen und in vollem Umfang zu nutzen; fordert zudem auf, dafür zu sorgen, dass die Mitgliedstaaten und die Kommission beim Einsatz der Mittel die Achtung der Grundrechte und die Einhaltung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die Gleichstellung von Männern und Frauen und die durchgängige Berücksichtigung der Gleichstellung der Geschlechter, die Verhinderung jeglicher Form von Diskriminierung und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung im Einklang mit den zielübergreifenden Grundsätzen von Artikel 9 der Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen sicherstellen;

Änderungsantrag 103

Entschließungsantrag
Ziffer 49

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
49. weist darauf hin, dass eine enge Verbindung zwischen der Rechtsstaatlichkeit und dem Unionshaushalt für die Zeit nach 2027 erforderlich ist, und begrüßt die Absicht der Kommission, die Verbindungen zwischen den Empfehlungen im jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit und dem Zugang zu Mitteln aus dem Haushalt zu stärken; fordert die Kommission auf, im jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit ab dem Jahr 2025 darzulegen, inwieweit die festgestellten Schwachstellen in den Rechtsstaatlichkeitssystemen ein Risiko für den Unionshaushalt darstellen könnten; begrüßt ferner die Verknüpfung zwischen der Achtung der Werte der Union und der Ausführung des Haushaltsplans und fordert die Kommission auf, die Einhaltung dieses Grundsatzes durch die Mitgliedstaaten aktiv zu überwachen;	49. weist darauf hin, dass eine enge Verbindung zwischen der Rechtsstaatlichkeit ***und den Grundrechten einerseits*** und dem Unionshaushalt für die Zeit nach 2027 ***andererseits*** erforderlich ist, und begrüßt die Absicht der Kommission, die Verbindungen zwischen den Empfehlungen im jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit und dem Zugang zu Mitteln aus dem Haushalt zu stärken; fordert die Kommission auf, im jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit ab dem Jahr 2025 darzulegen, inwieweit die festgestellten Schwachstellen in den Rechtsstaatlichkeitssystemen ein Risiko für den Unionshaushalt darstellen könnten; begrüßt ferner die Verknüpfung zwischen der Achtung der Werte der Union und der Ausführung des Haushaltsplans und fordert die Kommission auf, die Einhaltung dieses Grundsatzes durch die Mitgliedstaaten aktiv zu überwachen;

Änderungsantrag 104

Entschließungsantrag
Ziffer 53

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
53. betont daher, dass im nächsten MFR sichergestellt werden muss, dass mit den Ausgabenprogrammen in allen Bereichen Klima- und Biodiversitätsziele verfolgt werden, die ***Rechte*** und die Chancengleichheit aller gefördert und geschützt werden, was auch die Gleichstellung der Geschlechter einschließt, die Wettbewerbsfähigkeit unterstützt und die Abwehrbereitschaft der Union gegenüber Bedrohungen gestärkt wird;	53. betont daher, dass im nächsten MFR sichergestellt werden muss, dass mit den Ausgabenprogrammen in allen Bereichen Klima-***, Schadstoff-*** und Biodiversitätsziele verfolgt werden, die ***Grundrechte*** und die Chancengleichheit aller gefördert und geschützt werden, was auch ***ein entschlossenes Engagement für*** die ***Förderung und das Voranbringen der*** Gleichstellung der Geschlechter einschließt, die Wettbewerbsfähigkeit unterstützt und die Abwehrbereitschaft der Union gegenüber Bedrohungen gestärkt wird;

Änderungsantrag 105

Entschließungsantrag
Ziffer 54

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
54. weist darauf hin, dass eine wirksame durchgängige Berücksichtigung am besten durch ein Instrumentarium von Maßnahmen erreicht wird, in erster Linie durch die Politikgestaltung, gründliche Folgenabschätzungen und eine solide Nachverfolgung der Ausgaben und in bestimmten Fällen der Ausgabenziele;	54. weist darauf hin, dass eine wirksame durchgängige Berücksichtigung am besten durch ein Instrumentarium von Maßnahmen erreicht wird, in erster Linie durch die Politikgestaltung, gründliche Folgenabschätzungen und eine solide Nachverfolgung der Ausgaben und in bestimmten Fällen der Ausgabenziele; ***hebt hervor, dass Überwachungs- und Bewertungssysteme so konzipiert werden sollten, dass die Geschlechterperspektive internalisiert wird, indem beispielsweise geschlechtsspezifische und geschlechtersensible Indikatoren für jedes EU-Programm aufgenommen werden, um eine Herabstufung von Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter in der Umsetzungsphase zu vermeiden; erinnert an das Engagement der Kommission, eine Europäische Union der Gleichheit zu verwirklichen;***

Änderungsantrag 106

Entschließungsantrag
Ziffer 55

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
55. begrüßt die Entwicklung einer Methodik zur Überwachung geschlechtsspezifischer Ausgaben und ist der Ansicht, dass die gewonnenen Erkenntnisse im nächsten MFR genutzt werden sollten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Methoden zur durchgängigen Berücksichtigung des Klimaschutzes und der biologischen Vielfalt erheblich verbessert werden	55. begrüßt die Entwicklung einer Methodik zur Überwachung geschlechtsspezifischer Ausgaben und ist der Ansicht, dass die gewonnenen Erkenntnisse im nächsten MFR genutzt werden sollten***, einschließlich der Schließung von Lücken bei der Erhebung von nach Geschlecht aufgeschlüsselten Daten und der Klärung der Bewertungskriterien; bekräftigt, dass es***

müssen;

notwendig ist, von der reinen Nachverfolgung zu einer umfassenden Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts bei der Haushaltsplanung überzugehen; betont, dass der Gleichstellungsaspekt systematisch in die EU-Haushaltsplanung integriert werden muss, um sicherzustellen, dass die Mittelzuweisungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter beitragen; fordert die Kommission auf, einen Ansatz für die Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts bei der Haushaltsplanung in alle Säulen, Finanzierungsinstrumente und Haushaltslinien des nächsten MFR aufzunehmen, um sicherzustellen, dass diese von der Planung und Zuweisung bis hin zur Überwachung der Finanzmittel aktiv zu den Gleichstellungszielen beitragen; fordert die Umsetzung obligatorischer geschlechterdifferenzierter Folgenabschätzungen in allen Haushaltslinien und Ausgabenprogrammen, um deren Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter zu bewerten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Methoden zur durchgängigen Berücksichtigung des Klimaschutzes und der biologischen Vielfalt erheblich verbessert werden müssen;

Änderungsantrag 107

Entschließungsantrag
Ziffer 55 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	55a. fordert die Entwicklung und Umsetzung eines Ziels im Bereich Gender-Mainstreaming, um sicherzustellen, dass mit dem nächsten MFR zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter sowie zu anderen

Gleichstellungszielen in der gesamten Union beigetragen und zudem verhindert wird, dass es Rückschritte bei den Rechten und der Gleichstellung sowohl innerhalb als auch außerhalb der Union gibt;

Änderungsantrag 108

Entschließungsantrag
Ziffer 55 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	55b. stellt fest, dass auf der Grundlage der derzeitigen Methodik zur Nachverfolgung der Gleichstellung der Geschlechter im Jahr 2023 nur 11 % der Haushaltsmittel für Maßnahmen verwendet wurden, mit denen die Gleichstellung der Geschlechter als wichtigstes oder wichtiges und bewusstes Ziel verfolgt wurde; weist darauf hin, dass 69 % der Haushaltsmittel für Maßnahmen verwendet wurden, die keine nennenswerten Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter hatten, während die Tragweite der verbleibenden 20 % der Mittelzuweisungen für die Gleichstellung der Geschlechter nach wie vor unklar ist; betont, dass die Datenerhebung für die verschiedenen Haushaltsprogramme und -maßnahmen verbessert werden muss, damit die Auswirkungen der ungeklärten 20 % der Haushaltsmittel besser ermittelt und kategorisiert werden können; hebt hervor, dass die Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts bei der Haushaltsplanung während des gesamten Lebenszyklus des EU-Haushalts der Datenerhebung als Teil des Finanzierungsbedarfs unmittelbar zugutekommen wird, und spricht sich für die Umsetzung ab dem Beginn des MFR für die Zeit nach 2027 aus;

Änderungsantrag 109

Entschließungsantrag
Ziffer 55 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	55c. bekräftigt, dass die Methodik der EU zur Nachverfolgung gleichstellungsbezogener Ausgaben weiterentwickelt und verbessert werden muss; fordert, dass die Ziele der künftigen Gleichstellungsstrategie mit dem MFR verknüpft werden, da dieser ein wichtiges Instrument für die Umsetzung der Strategie ist; betont, dass die Erhebung, Meldung und Bewertung von vergleichbaren, nach Geschlecht aufgeschlüsselten Daten verbessert und horizontale EU-Begriffsbestimmungen entwickelt werden müssen, um geschlechterdifferenzierte Folgenabschätzungen in den Politikbereichen der Union zu erleichtern; fordert eine verbesserte Methodik, bei der nicht nur die Empfänger der Mittel, sondern auch das Transformationspotenzial der Programme ermittelt werden sollten; weist darauf hin, dass einige Haushaltsmaßnahmen – ähnlich wie Klimaschutzmaßnahmen – neben positiven und neutralen Auswirkungen auch negative Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter haben könnten; betont, dass die derzeitige Methodik zur Nachverfolgung der Haushaltsmittel keine Kategorie für solche Fälle vorsieht, weshalb keine objektive Bewertung des aktuellen Stands in Bezug auf die Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts bei der Haushaltsplanung in der EU möglich ist;

Änderungsantrag 110

Entschließungsantrag
Ziffer 55 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	55d. fordert weitere Anstrengungen zur Beseitigung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles in der EU, um sicherzustellen, dass Maßnahmen zur Überwachung und Beseitigung von Lohnunterschieden zwischen Männern und Frauen in allen Branchen ergriffen werden;

Änderungsantrag 111

Entschließungsantrag
Ziffer 55 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	55e. betont, dass ein Legislativvorschlag erforderlich ist, um eine oder mehrere Kategorien zu definieren, unter die Unternehmen fallen, die von Frauen geführt werden, die sich im Eigentum von Frauen befinden oder die sich aufgrund ihrer Unternehmenspolitik in den Bereichen Einstellungsverfahren, Arbeitszeit, hochwertige und erschwingliche Kinderbetreuung oder geschlechtsspezifische Auftragsvergabe besonders positiv auf die Gleichstellung der Geschlechter auswirken; fordert einen optionalen Gleichstellungspass für Unternehmen ähnlich dem geplanten KMU-Pass, der einen bevorzugten Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten ermöglichen würde;

Änderungsantrag 112

Entschließungsantrag
Ziffer 55 f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	55f. fordert eine unabhängige

	geschlechterdifferenzierte Folgenabschätzung, bei der die Auswirkungen der MFR-Programme auf die Gleichstellung der Geschlechter bewertet werden; fordert, die Ex-ante-Konditionalität zu einem Instrument weiterzuentwickeln, mit dem bewertet werden kann, ob die Mitgliedstaaten so aufgestellt sind, dass sie EU-Mittel einsetzen können;

Änderungsantrag 113

Entschließungsantrag
Ziffer 57

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
57. fordert nachdrücklich, dass für die Zeit nach 2027 von Anfang an ausreichende finanzielle und personelle Mittel vorgesehen werden, damit die Organe, Einrichtungen und dezentralen Agenturen der Union eine wirksame und effiziente Politikgestaltung, -umsetzung und -durchführung gewährleisten können und weiterhin für die besten Köpfe aus allen Mitgliedstaaten attraktiv sind, wobei die geografische Ausgewogenheit und die Flexibilität zur Anpassung an sich wandelnde Umstände zu wahren sind;	57. fordert nachdrücklich, dass für die Zeit nach 2027 von Anfang an ausreichende finanzielle und personelle Mittel vorgesehen werden, damit die Organe, Einrichtungen und dezentralen Agenturen der Union eine wirksame und effiziente Politikgestaltung, -umsetzung und -durchführung ***auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene*** gewährleisten können und weiterhin für die besten Köpfe aus allen Mitgliedstaaten attraktiv sind, wobei die geografische Ausgewogenheit und die Flexibilität zur Anpassung an sich wandelnde Umstände zu wahren sind; ***betont, dass es wichtig ist, Vorschriften zum Schutz der öffentlichen Gesundheit und der Gesundheit von Frauen und Mädchen vor der dreifachen Krise des Klimawandels, des Verlusts an biologischer Vielfalt und der Umweltverschmutzung beizubehalten, umzusetzen und durchzusetzen;***

Änderungsantrag 114

Entschließungsantrag
Ziffer 57 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	57a. betont, dass die Schulungen zum Gender-Mainstreaming, die Beamten der Europäischen Kommission am Europäischen Hochschulinstitut angeboten werden, unerlässlich sind, um die Verwirklichung der Gleichstellungsziele der Union sicherzustellen; fordert, dass diese Schulungen ausgeweitet werden, sodass auch Beamte des Parlaments und der Fraktionen die Möglichkeit erhalten, daran teilzunehmen;

Änderungsantrag 115

Entschließungsantrag
Ziffer 57 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	57b. weist erneut auf die wichtige Rolle des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE) hin, wenn es um das Gender-Mainstreaming und darum geht, das Ausmaß und die Ursachen der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, von der Frauen in all ihrer Vielfalt in der Union betroffen sind, zu verstehen und anzugehen, insbesondere im Zusammenhang mit den Gegenreaktionen auf die Rechte der Frau und mit den konfliktbedingten Wirtschafts- und Gesundheitskrisen und unter Berücksichtigung der Intersektionalität; weist darauf hin, dass das EIGE dauerhaft mit Personalmangel zu kämpfen hat, der sich durch den starken Anstieg der Anträge auf technische Unterstützung infolge der vorrangigen Berücksichtigung des Gender-Mainstreaming in allen Politikbereichen und Initiativen der Union im Rahmen der EU-Gleichstellungsstrategie 2020-2025 noch verschärft hat; unterstreicht seine Forderung, dass dem EIGE

Haushaltsmittel und Personal, unter anderem sieben Bedienstete auf Zeit, zugewiesen werden und sein Stellenplan für die Einstellung von Statutspersonal aufgestockt wird, was erforderlich ist, um den erheblichen Anstieg der Arbeitsbelastung zu bewältigen, einschließlich der Umsetzung der Maßnahmen, die in der erneuerten Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter vorgeschlagen werden, und der neuen Aufgaben, die ihm für die Überwachung der Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften (wie der Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, der Richtlinie über Geschlechtergleichstellung in Aufsichtsräten, der Richtlinie über Lohntransparenz und der Richtlinie über Standards für Gleichbehandlungsstellen) übertragen werden; weist darauf hin, dass in der zweiten externen Bewertung des EIGE eine strukturelle Aufstockung der Ressourcen des EIGE sowie eine Überarbeitung seiner Gründungsverordnung gefordert werden, um eine uneingeschränkte Vertretung der Mitgliedstaaten in seinem Verwaltungsrat, die Einrichtung eines Exekutivausschusses und eine umfassende Reform seines Beratungsgremiums sicherzustellen;

Änderungsantrag 116

Entschließungsantrag
Ziffer 59

Entschließungsantrag	*Unveränderter Text, der Teil des Kompromisses ist*
59. betont, dass Vorabinvestitionen in interoperable IT-Infrastruktur und Data Mining auch längerfristig zu Kosteneinsparungen führen und die Umsetzung politischer Maßnahmen und die Nachverfolgung von Ausgaben	59. betont, dass Vorabinvestitionen in interoperable IT-Infrastruktur und Data Mining auch längerfristig zu Kosteneinsparungen führen und die Umsetzung politischer Maßnahmen und die Nachverfolgung von Ausgaben

erheblich verbessern können;	erheblich verbessern können;

Änderungsantrag 117

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 1

Entschließungsantrag	*Unveränderter Text, der Teil des Kompromisses ist*
Ein langfristiger Haushalt mit neuen Ausgabenprioritäten	Ein langfristiger Haushalt mit neuen Ausgabenprioritäten

Änderungsantrag 118

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Sicherheit, Verteidigung und Vorsorge	***Frieden,*** Sicherheit, Verteidigung und Vorsorge

ANLAGE: EINRICHTUNGEN ODER PERSONEN, VON DENEN DIE VERFASSERIN DER STELLUNGNAHME BEITRÄGE ERHALTEN HAT

Gemäß Anlage I Artikel 8 der Geschäftsordnung erklärt die Verfasserin der Stellungnahme, dass sie bei der Vorbereitung der Stellungnahme bis zu deren Annahme im Ausschuss Beiträge von folgenden Einrichtungen oder Personen erhalten hat:

Einrichtung und/oder Person
Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE)
European Lesbian Conference (ELC)
Equinox Initiative for Racial Justice
Internationaler Verband für Familienplanung (IPPF)
European Parliamentary Forum for Sexual and Reproductive Rights (EPF)
End FGM European Network (ENDFGM)
Center for Reproductive Rights (CFRR)
MEPs for Sexual and Reproductive Rights
OECD – Nicole Scherie
Universität Florenz
Multiannual Financial Framework Hub (MFF HUB)
Deutscher Frauenrat
Women Entrepreneurship Platform (WEP)

Die vorstehende Liste wird unter der ausschließlichen Verantwortung der Verfasserin der Stellungnahme erstellt.

Wenn natürliche Personen in der Liste namentlich, mit ihrer Funktion oder mit beidem genannt werden, erklärt die Verfasserin der Stellungnahme, dass sie den betroffenen natürlichen Personen die Erklärung zum Datenschutz Nr. 484 des Europäischen Parlaments (https://www.europarl.europa.eu/data-protect/index.do) vorgelegt hat, in der die Bedingungen für die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten und die mit dieser Verarbeitung verbundenen Rechte dargelegt sind.

ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

Datum der Annahme	9.4.2025
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 20 –: 15 0: 3
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Abir Al-Sahlani, Irmhild Boßdorf, Mélissa Camara, Margarita de la Pisa Carrión, Valérie Devaux, Elisabeth Dieringer, Rosa Estaràs Ferragut, Viktória Ferenc, Gabriela Firea, Heléne Fritzon, Lina Gálvez, Chiara Gemma, Assita Kanko, Arba Kokalari, Elena Kountoura, Sebastian Kruis, Judita Laššáková, Maria Noichl, Mirosława Nykiel, Giusi Princi, Emma Rafowicz, Joanna Scheuring-Wielgus, Benedetta Scuderi, Laurence Trochu, Marko Vešligaj, Maria Walsh, Lucia Yar, Dainius Žalimas
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Hanna Gedin, Catherine Griset, Elisabeth Grossmann, Elżbieta Katarzyna Łukacijewska, Anna Strolenberg
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder gemäß Art. 216 Abs. 7 der Geschäftsordnung	Georgios Aftias, Lynn Boylan, Valérie Deloge, Lena Düpont, Dimitris Tsiodras

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG
IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

20	+
EVP	Elżbieta Katarzyna Łukacijewska, Mirosława Nykiel, Maria Walsh
Renew	Abir Al-Sahlani, Lucia Yar, Dainius Žalimas
S&D	Gabriela Firea, Heléne Fritzon, Lina Gálvez, Elisabeth Grossmann, Maria Noichl, Emma Rafowicz, Joanna Scheuring-Wielgus, Marko Vešligaj
The Left	Lynn Boylan, Hanna Gedin, Elena Kountoura
Grüne/EFA	Mélissa Camara, Benedetta Scuderi, Anna Strolenberg

15	-
EKR	Chiara Gemma, Assita Kanko, Laurence Trochu
ESN	Irmhild Boßdorf
NI	Judita Laššáková
EVP	Georgios Aftias, Lena Düpont, Rosa Estaràs Ferragut, Dimitris Tsiodras
PfE	Valérie Deloge, Elisabeth Dieringer, Viktória Ferenc, Catherine Griset, Sebastian Kruis, Margarita de la Pisa Carrión

3	0
EVP	Arba Kokalari, Giusi Princi
Renew	Valérie Devaux

Erklärung der benutzten Zeichen:
+ : dafür
- : dagegen
0 : Enthaltung